

Europäische Währungsunion | 06.02.2017 | Lesezeit 2 Min.

25 Jahre Vertrag von Maastricht

Seit Jahren schlittert die Europäische Union von einer Krise in die andere – vorläufiger Höhepunkt war das Brexit-Votum im vergangenen Jahr. Doch trotz aller Widrigkeiten: Die Mehrheit der Europäer hält den Euro für eine gute Sache.

Vor 25 Jahren, am 7. Februar 1992, unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der damals zwölf EU-Mitgliedsstaaten im niederländischen Maastricht den Vertrag über die Europäische Union; ein entscheidender Schritt zum Euro, der vor 15 Jahren als Münzen und Scheine in die Portemonnaies kam. Und obwohl es seitdem viel Wirbel um die Gemeinschaftswährung gegeben hat – die Bürger in den 19 Euroländern stehen zu ihrer Währung (Grafik):

Im Oktober 2016 hielten im Durchschnitt 56 Prozent der Euro-Bürger ihre Währung für gut – die Spanne reicht von 40 Prozent in Zypern über gut 60 Prozent in Deutschland bis zu rund 80 Prozent in Irland.

Der Euro bekommt viele Likes

So viel Prozent der Bürger in den Euroländern beantworteten die Frage „Ist der Euro gut oder schlecht für Ihr Land?“ wie folgt


■ Gut

■ Schlecht

Irland	81	10	Spanien	57	30
Luxemburg	74	17	Lettland	56	29
Österreich	67	23	Belgien	54	37
Finnland	66	20	Griechenland	54	32
Deutschland	64	26	Frankreich	53	37
Estland	64	14	Portugal	52	33
Malta	64	18	Litauen	42	45
Slowakei	63	25	Italien	41	47
Niederlande	61	28	Zypern	40	47
Slowenien	60	27	Insgesamt	56	33

Rest zu 100: weiß nicht oder kann mich nicht spontan entscheiden;
Befragung von 17.535 EU-Bürgern ab 15 Jahren im Oktober 2016 (Eurobarometer)

Quelle: EU-Kommission
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Diese Zustimmungswerte überraschen umso mehr, als der Lebenslauf des Euro alles andere als unbeschwert war. Rückblick: Im Vertrag von Maastricht war festgelegt worden, dass nur jene EU-Länder mitmachen sollten, die bestimmte Kriterien erfüllten.

25 Jahre nach der Unterzeichnung des Maastricht-Vertrags hält die Mehrheit der Europäer den Euro für eine gute Sache.

Unter anderem sollte das Defizit des öffentlichen Haushalts nicht mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen und der staatliche Schuldenstand nicht mehr als 60 Prozent des BIP.

Im Juni 1997 beschloss der Europäische Rat in Amsterdam dann den Stabilitäts- und Wachstumspakt, mit dem die fiskalischen Kriterien in der Währungsunion auf Dauer gesichert werden sollten.

Viele Euroländer brechen die Stabilitätskriterien

Diese Regeln wurden jedoch nicht verlässlich eingehalten. Der erste Regelverstoß erfolgte schon 1999, denn Belgien und Italien waren von Anfang an beim Euro dabei, obwohl beide einen Schuldenstand von rund 120 Prozent des BIP aufwiesen.

Ein weiteres Mal wurde 2003 gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen: Auf Druck von Deutschland und Frankreich setzte der Ministerrat ein Verfahren gegen die beiden Länder aus. Doch damit nicht genug:

Von 1999 bis 2016 wurde allein das Defizitkriterium in 108 Fällen nicht eingehalten.

Natürlich haben die Finanzkrise und die Euro-Schuldenkrise zu dieser großen Fallzahl beigetragen. Allerdings haben auch viele Mitgliedsstaaten nicht so reagiert, wie die Gründungsväter des Euro sich das vorgestellt hatten.

Richtig ist, dass Länder, die in einer Währungsunion sind, nicht mehr mit einer Abwertung reagieren können, wenn die heimische Wirtschaft schwächelt. Die

Mitgliedsstaaten würden deshalb freiwillig Strukturreformen anstoßen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern oder wiederherzustellen – so die Annahme bei Gründung der Währungsunion.

Doch diese Hoffnung hatte sich bis zum Beginn der Krisen 2008 nicht ausreichend erfüllt. Danach kam es allerdings vor allem in Südeuropa zu erheblichen Strukturreformen auf den Arbeits- und Produktmärkten (siehe [iwd.de](http://www.iwd.de) „[Gute Medizin schmeckt bitter](#)“).

Kernaussagen in Kürze:

- Mit dem Vertrag von Maastricht haben die Staats- und Regierungschefs der damals zwölf EU-Mitgliedsstaaten vor 25 Jahren die Weichen für die Einführung des Euro gestellt.
- Der 1997 beschlossene Stabilitäts- und Wachstumspakt sollte die Haushaltsdisziplin in der Währungsunion auf Dauer sichern. Es gibt aber bis heute viele Regelverstöße.
- Trotz aller Widrigkeiten hält die Mehrheit der Europäer den Euro für eine gute Sache.